



Bei mehr als acht Prozent minderjährigen Wahlberechtigten gehen viele noch in die Schule.

FOTO: SEBASTIAN GOLLNOW/JULIAN STRATENSCHULTE/DPA

So bereiten sich Schulen auf die Wahl vor

Von Verena Pauer, Sara Guglielmino, Christoph Schneider

Mehr als acht Prozent der Wahlberechtigten bei der Landtagswahl am 8. März sind minderjährig. Nun dürfen sie zum ersten Mal den Landtag mitwählen. Wie Schulen mit der Wahl umgehen.

EHINGEN/LAICHINGEN – In rund einem Monat wählt Baden-Württemberg einen neuen Landtag. Der Wahlkampf der Parteien läuft auf Hochtouren - sowohl auf der Straße als auch im Netz.

Aufgrund der Wahlrechtsreform von 2022 gibt es bei dieser Wahl besonders viele Erstwähler: Denn das Wahlalter wurde von 18 auf 16 gesenkt. Mehr als acht Prozent der 7,7 Millionen Wahlberechtigten in Baden-Württemberg sind somit minderjährig – und viele dürften noch zur Schule gehen.

Schulen sind zur politischen Ausgewogenheit und Überparteilichkeit verpflichtet. Das betont auch das baden-württembergische Kultusministerium. Doch wie

gehen die Schulen mit dem Thema Wahlen im Unterricht um?

Ein Weg, wie sich die Kaufmännische Schule in Ehingen auf die Wahl vorbereitet, ist das Schulfach Geschichte und Gemeinschaftskunde (GGK). „Wir haben in GGK sehr viel Politikunterricht“, sagt Schulleiter Tobias Kamm auf Nachfrage. So sehe der Bildungsplan ohnehin Themen wie das Wahlsystem auf Bundes-, aber auch auf Landesebene vor.

Der Unterricht werde dann mit aktuellen Themen der Landtagswahl angereichert, sagt Kamm. Zudem verweisen die Lehrkräfte laut Kamm darauf, wo die Wahlprogramme der Parteien eingesehen werden können. „Diese Wahlprogramme werden in den relevanten Schularten und Schulfächern auch vorgelegt und analysiert“, sagt Kamm.

Die Kaufmännische Schule veranstaltete im Dezember eine Podiumsdiskussion. Zu dieser waren die beiden Spitzenkandidaten für das Amt des Ministerpräsidenten, Ma-

nuel Hagel (CDU) und Cem Özdemir (Grüne), eingeladen. Özdemir habe aus terminlichen Gründen absagen müssen, Hagel nahm jedoch an der Diskussion teil.

Die Kaufmännische Schule gilt seit über einem Jahr als sogenannte Europaschule. Dadurch verpflichtet sich die Schule, einen besonderen Fokus auf die politische Bildung ihrer Schüler zu setzen. Dazu gehören laut Kamm Besuche des Europaparlaments und Gesprächsrunden mit Politikern. „Die Vorbereitung auf die Wahl ist also die Summe aller Aktivitäten“, sagt er.

Die Lehrer hielten sich dabei an den sogenannten Beutelsbacher Konsens, sagt Kamm. Dieser 1976 festgelegte Standard soll sicherstellen, dass Lehrer Politik möglichst neutral unterrichten. So müssten diese etwa darauf achten, Kontroversen aufzuzeigen und die Schüler nicht in ihrer Meinung zu beeinflussen.

An diesen Konsens halten sich auch die Lehrkräfte des Laichinger Alberst-Schweizer-Gymnasiums. Was in

Wissenschaft und Politik kontrovers diskutiert wird, müsse auch im Unterricht so dargestellt werden, sagt Christian Kilius, Lehrer für Gemeinschaftskunde an der Schule.

„Es gibt umfangreiche Materialien von der Landeszentrale für politische Bildung, von einfacher bis anspruchsvoller, die wir gezielt im Vorfeld der Wahl bearbeiten“, sagt der Lehrer. Behandelt würden unter anderem Fragen des Wahlrechts. Schülerinnen und Schüler sollen verstehen, was der Unterschied zwischen Erst- und Zweitstimme ist und wie aus den abgegebenen Stimmen die Mandate für die Abgeordneten entstehen.

Ein wichtiges Tool in dem Zusammenhang ist auch der Wahl-O-Mat, den auch die Erich-Kästner-Gemeinschaftsschule in Laichingen einsetzt. Auch die Gemeinschaftsschule setzt auf die Inhalte der Landeszentrale für politische Bildung.

Besonders im Gemeinschaftskundeunterricht wird das Thema Wahl behandelt.

Im Unterricht wird der Schwerpunkt auf gleich mehrere Unterpunkte gelegt. Darunter ist etwa die Gewaltenteilung, die Finanzierung und Aufgaben von Parteien oder der Grundsatz, dass alle Staatsgewalt vom Volk ausgeht.

„Zudem gibt es in jedem Jahr klassenübergreifende Wahlen, um den Schülersprecher oder die Schülersprecherin zu wählen“, sagt Daniela Laur, Rektorin der Erich-Kästner-Gemeinschaftsschule. Dadurch könne die Schule ihren Schülerinnen und Schülern das Demokratieprinzip näher und erfahrbar machen.

Die Lehrkräfte seien untereinander im Austausch, um abzuklären, wie mit politischen Themen im Unterricht am besten umgegangen werden könne, sagt die Schulleiterin. Schließlich sollten diese „sachlich, kontrovers und vor allem altersgerecht“ behandelt werden. Die eigenständige Meinungsbildung der Schülerinnen und Schüler soll durch den Unterricht gefördert werden.